

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Dezember.

**Finanzminister Hergt** fährt fort: In dem September-Erlaß ist eine allgemeine Regelung dahin getroffen worden, daß stets ein Mindestbetrag gewährt werden muß. Nun ist der Erlaß aber im Lande vielfach falsch aufgefaßt worden. Ich will den Erlaß so umgestalten, daß den Behörden draußen im Lande Klipp und Klar gesagt wird, daß nicht der Mindestsatz die Regel bilden soll, sondern daß im allgemeinen der Höchstsatz zu gewähren ist. Die Anrechnung einer großen Anzahl von Nebeneinnahmen, die bisher angerechnet werden mußten, soll beseitigt werden, so alle Nebeneinnahmen bis 600 M. und die Einnahmen aus dem Kriegshilfsdienst bis zu 1000 M. Erst wenn dieser Betrag überschritten wird, soll eine Nachprüfung eintreten. (Beifall.) Die Auszahlung der Zulagen an die Volksschullehrer hat sich vielfach verzögert. Das liegt vor allem an der Ueberlastung der Behörden draußen im Lande. Der Unterrichtsminister hat mich ermächtigt, hier die bestimmte Erklärung abzugeben, daß nunmehr auf die schleunigste Auszahlung der Zulagen hingewirkt wird und daß dafür Sorge getragen wird, daß auch die neuen Zulagen in kürzester Frist zur Auszahlung gelangen. (Beifall.) Es soll erzwungen werden, ob man die Volksschullehrer nicht zu den hierzu erforderlichen Vorbereitungen hinzuziehen kann. Die Volksschullehrer haben uns während des Krieges die wertvollsten Dienste geleistet. Deshalb muß für sie gesorgt werden, damit keine Mißstimmung bei ihnen eintritt.

Die Finanzverwaltung hat im Ausschuß in einer ganzen Anzahl von Gegenständen nicht ganz auf das eingehen können, was der Ausschuß gewünscht hat. Mit großer Freude kann ich aber feststellen, daß es uns gelungen ist, im Ausschuß schließlich zu einer Verständigung zu kommen. Diese Verständigung wird nicht nur draußen bei unserer Beamtenerschaft eine weit größere Beruhigung hervorrufen, sondern sie ist auch für mich besonders wertvoll. Die Regierung ist einmal dafür verantwortlich, daß die Beamten zu ihrem Rechte kommen, sie muß aber auch das Interesse der Allgemeinheit berücksichtigen. Einen fröhlichen Geber hat Gott lieb. Die Regierung hat ihre Zustimmung nicht widerwillig gegeben, sondern mit bestem Willen. Ich hoffe, daß das gute Verhältnis draußen im Lande zwischen Regierung und Beamtenerschaft weiter bestehen bleibt und daß sich auch das Vertrauen verstärkt, das die Beamten zu der Regierung haben sollen. Dieses Vertrauen hat in der gegenwärtigen Zeit, wo diese gewaltigen Umwälzungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete erfolgt sind, einen ganz besonderen Wert.

## Dauernde Zuwendungen unabweisbar.

**Abg. Deize (kons.):** Wir haben den Vereinbarungen nur zustimmen können in der Ueberzeugung, daß eine Neuregelung der dauernden Zuwendungen anlässlich der Kriegsnot unabweisbar ist. Bei der neuen Prüfung im Februar wird vor allem davon auszugehen sein, daß die Zuwendungen in erster Linie die unteren Klassen treffen müssen. Die Pensionäre sollten ebenso behandelt werden wie die Beamten.

**Abg. Dr. Hef (Zit.):** Nicht mit allem, was der Finanzminister ausgeführt hat, sind wir einverstanden. Besonders nicht mit seinen Anschauungen über das Verhältnis der Pensionäre zum Staate. Das ganze Unterstützungswesen leidet immer noch an inneren organischen Fehlern. Entschieden warnen wir davor, Zulagen nach Steuerbezirken zu geben.

**Abg. Dr. Gottschalk (natl.):** Weiteres Entgegenkommen verlangen wir für die Pensionäre. Jedes Gesuch muß wohlwollend geprüft werden. Besondere Rücksicht ist erforderlich für die militärisch verwendeten Beamten.

**Abg. Delius (Fortschr. Vp.):** Mit den neuen Zulagen ist noch nicht aller Not abgeholfen. Wir müssen in kurzer Frist auch zu einer Erhöhung der laufenden Zuwendungen kommen. Die Mißstände des jetzigen Systems, besonders die vielen Ungerechtigkeiten, müssen beseitigt werden, damit endlich die Mißstimmung in der Beamtenerschaft verringert wird. Leider will die Finanzverwaltung nicht zum 1. Februar eine Erhöhung der laufenden Zuwendungen vornehmen. Unter allen Umständen muß aber am 1. April eine solche Erhöhung stattfinden. Notwendig sind auch Zulagen für die Staatsarbeiter.

**Abg. Leinert (Soz.):** Die Notlage wird am besten bewiesen durch die große Flut von Bittschriften. Der Redner fordert ebenfalls Zulagen für Arbeiter.

**Abg. Dr. Wagner-Breslau (frl.):** Wir wünschen nicht, daß ein Unterschied gemacht wird, je nachdem, ob ein Ort mehr oder weniger teuer ist oder nach der Höhe der Besoldungen der Beamten, da die Teuerung der Lebensmittel alle Kreise gleichmäßig trifft. Die Dienstaufwandsentschädigung der Kreischulinspektoren bedarf einer Erhöhung.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Die hierzu vorliegenden 76 Bittschriften werden der Regierung als Material überwiesen.